

Gewerkschaften und Wirtschaftswachstum

Die Tätigkeit der Gewerkschaften hat sich überall und von jeher vornehmlich darauf konzentriert, die Löhne der Arbeitnehmer zu steigern und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Im Sinne des letzteren Zieles lag es zum Beispiel, wenn eine Beschränkung der Kinderarbeit gefordert und durchgesetzt wurde oder wenn der 8-Stunden-Tag und heute in „Westdeutschland die 40-Stunden-Woche gefordert wird. Aber auch die Sicherung der Arbeitnehmer bei Krankheit und im Alter kann zu einer solchen Verbesserung der Arbeitsbedingungen im weiteren Sinne gerechnet werden. Diese Forderungen sind meist mit arbeitsphysiologischen, oft auch schlechthin mit humanitären Gründen vertreten und aus solchen heraus schließlich akzeptiert worden. Unausgesprochen und vielleicht auch mehr unbewußt als bewußt scheint einer solcherart ausgerichteten Gewerkschaftspolitik jedoch auch ein anderes, ein ökonomisches Prinzip zu Grunde gelegen zu haben und zu liegen, nämlich die Absicht, eine Verknappung des Arbeitsangebotes herbeizuführen. Aus dem Vorhandensein einer solchen Maxime gewerkschaftlichen Handelns könnte zwanglos erklärt werden, daß die Gewerkschaften fast aller Länder gegen die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte eingestellt sind. Ebenso weist die im allgemeinen positive Einstellung der Arbeiterbewegung der meisten Länder zur Frage der Geburtenbeschränkung in diese Richtung.

Eine auf Verknappung des Arbeitskräfteangebotes ausgerichtete Politik stieß immer auf den Widerspruch der Unternehmer. Sie behaupteten, daß eine solche Politik dem wirtschaftlichen Fortschritt abträglich sei. Die hierzu vorgebrachten, scheinbar guten Argumente verfehlten ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung meist nicht. Selbst bei Arbeitnehmern tauchte mitunter der Zweifel auf, ob eine solche Politik sinnvoll sei.

Wenn eine Steigerung des Lebensstandards — so hieß es und heißt es immer wieder — unbestritten nur durch Steigerung der Produktion erreicht werden könne, wie solle eine solche eigentlich bei Arbeitszeitverkürzung möglich sein? Bisher sei durch weniger Arbeit

noch nie jemand reicher geworden. Von hier ist es nur ein Schritt zu moralisierenden Argumenten, die gern namentlich gegen die soziale Sicherung vorgebracht werden: Sie führe zur Drückebergerei und lasse den einen (Arbeitnehmer) auf Kosten des anderen leben. Mit einer anderen Argumentation wird der Teufel der Wirtschaftskrise an die Wand gemalt: Durch „Arbeitskräftemangel“ entstünden preistreibende, inflationierende „Engpässe“, welche zu konjunkturellem Rückschlag führten. In derselben Richtung liegt es, wenn zur Sicherung des Arbeitskräftebestandes auf lange Sicht eine Steigerung der Geburtenzahl propagiert wird. Der traditionellen populationistischen Theorie nach sind mehr Menschen gleichzusetzen mit mehr Wirtschaftskraft und übrigens auch mehr Steuerzahlern und mehr Soldaten.

Diese ganze Argumentation erscheint zwar als etwas fragwürdig und ziemlich durchsichtig. Doch bleibt die Frage bestehen, ob nicht eine auf Arbeitsangebot-Verknappung hinauslaufende gewerkschaftliche Politik mindestens in gewissem Umfange das Wirtschaftswachstum behindere und damit auch den Interessen der Arbeitnehmer entgegenstehe. Diese Frage scheint bisher noch nicht so eingehend untersucht worden zu sein, und die theoretische Fundierung des erwähnten pragmatischen Prinzips gewerkschaftlichen Handelns scheint noch nicht so weit vorangetrieben zu sein, wie es wünschenswert ist. Es sollen daher im folgenden einige diesbezügliche Überlegungen angestellt und einige Schlüsse zu ziehen versucht werden.

Die hier angeschnittene Frage berührt nicht nur ein zentrales gewerkschaftliches, sondern auch ein wichtiges nationalökonomisches Problem. Um an seinen Kern heranzukommen, ist es gut, die Vorfrage zu stellen, ob es einen optimalen Arbeitskräftebesatz der Wirtschaft gibt. Die Antwort ist die, daß eine feste quantitative Beziehung zwischen Arbeitsmacht und ökonomischem Entwicklungsstand offenbar nicht besteht. Arbeitskräfte sind durch Kapitaleinsatz substituierbar. Es gibt daher Volkswirtschaften (wie Betriebe), die — je Produktionseinheit — viel und solche die wenig Arbeitskräfte beschäftigen und umgekehrt solche mit geringen und mit großem Kapitaleinsatz. Damit kommen wir zu der weiteren höchst wichtigen Frage, was denn der Bestimmungsgrund dafür ist, ob eine Wirtschaft mit viel oder wenig Arbeitskräften beziehungsweise wenig oder viel Kapital — beides immer in Relation zum komplementären Produktionsfaktor gesehen — arbeitet. Die Frage berührt den Kern des Problems, weil die Einsatzrelation der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit anscheinend Produktionsstand und Produktivität der Wirtschaft bestimmen. Mit anderen Worten: Der Leistungsstand der Wirtschaft ist im allgemeinen um so höher, je (relativ) mehr Produktivkapital und je (relativ) weniger Arbeitskraft eingesetzt ist, je mehr die Wirtschaft mithin technisiert und industrialisiert ist. An Hand der vielfältig vorhandenen und offenliegenden Erfahrungen über die Wirtschaft der unterentwickelten Länder einerseits und der Industrieländer andererseits ist die Aussage leicht zu erhärten.

An Hand dieser Erfahrung kann nunmehr die eigentliche, auf die Lösung des Problems gerichtete Frage gestellt werden, nämlich: Wann und warum wird die Arbeitskraft durch Kapital ersetzt und wodurch wird mithin die durch Kapitaleinsatz verursachte Steigerung der wirtschaftlichen Leistung letztlich ausgelöst? Wann wird Produktivkapital gebildet und eingesetzt? Wann wird also Arbeitskraft durch Kapitaleinsatz ersetzt? Kapital, „Maschinen“ pflegt der Unternehmer dann verstärkt einzusetzen, wenn Arbeitskräfte knapp und teuer sind. Aber bei der Interdependenz aller Preise und Kosten sind theoretisch Arbeitskräfte normaliter immer genauso teuer wie Kapitalgüter. In der Gleichgewichtssituation gibt es weder Arbeitslosigkeit noch Arbeitskräftemangel, weder Kapitalmangel noch Kapitalüberschuß. Die Wirtschaft wächst aber auch nicht, wenn sie sich in der Gleichgewichtslage befindet, und; ebensowenig schrumpft sie. In der Gleichgewichtssituation existiert unser Problem, das aber doch ein höchst tatsächliches ist,

offenbar gar nicht. Der Widerspruch klärt sich auf, wenn man sich vergegenwärtigt, daß „die Gleichgewichtslage“ ein theoretisches Denkmodell des Sozial Ökonomen zur statischen Betrachtung ist. Wenn man die hier gestellte Frage beantworten will, muß man die Wirtschaft dynamisch betrachten, und um dabei nicht in die Irre zu gehen, tut man dies am besten an Hand der historisch-empirischen Erfahrung.

Die Ursachen des Wirtschaftswachstums werden deutlich, wenn man in idealtypischer Vereinfachung des empirisch Feststellbaren zwei Wirtschaften unterschiedlichen Entwicklungsstandes einander gegenüberstellt und betrachtet, nämlich die stagnierende oder sich rückentwickelnde Wirtschaft, den Regressionstyp, und die ökonomische Progressivtype, die wachsende Wirtschaft.

Die *Regressionstyp* findet sich rein ausgeprägt in den unterentwickelten Ländern, in den durch Übervölkerung gekennzeichneten Agrargesellschaften. Das Arbeitskräfteangebot ist hier groß, die Löhne sind niedrig, der Kapitaleinsatz ist gering. Preise und Zins sind hoch. Es besteht eine starke Einkommensdifferenzierung. Wenigen sehr Reichen stehen viele sehr Arme gegenüber. Entscheidend ist nun, daß die Gründe und Faktoren, welche eine Wirtschaft unentwickelt sein lassen, sich gegenseitig bedingen und steigern. Die Wirtschaft läuft auf diese Weise in einer Elendsspirale. Verarmung und Verelendung nehmen zu. Bei Übervölkerung ist die Konsumrate relativ hoch und die Sparrate relativ gering. Es wird wenig Produktivkapital gebildet. Bei hohen Kapitalgüterpreisen und niedrigen Löhnen ist andererseits der Kapitalgütereinsatz kaum rentabel. Industrialisierung, als der einzige Ausweg, unterbleibt daher oder kommt nicht voran. Die reiche Oberschicht hat zudem kein Interesse an einer Industrialisierung, weil durch eine solche ihre politische Position gefährdet wird. Die bestehende ökonomische Konstellation der Stagnation bringt der Feudalschicht dagegen immer neuen politischen Machtzuwachs, und dieser ermöglicht es ihr wiederum, ihre ökonomische Position weiter auszubauen. Je mehr die Masse des Volkes „Proletariat“ wird, um so mehr zeugt sie - aus einer offenbar bestehenden biologisch-ökonomischen Korrelation zwischen Armut und Kinderreichtum - Kinder und schafft dadurch selbst immer neu die Ursache für ihre Armut und Ohnmacht: ein Überangebot von Arbeitskraft.

In der *Progressivtype*, wie sie die entwickelte Industriegesellschaft darstellt, sind die Preise im Vergleich zu den Löhnen niedrig. Die Einkommensverteilung ist ausgeglichen. Es findet — trotz hoher Konsumrate — eine starke Kapitalbildung statt. Es besteht ein Zwang zum Einsatz von Produktionskapital, „um teure Arbeitskräfte zu sparen“. Arbeitskräfte sind knapp. Die Stellung der Arbeitnehmer ist stark. Die politische Konstellation ist freiheitlich. Die ökonomische Struktur gestattet nicht, mit ökonomischen Mitteln politische Machtstellungen zu schaffen und von diesen aus wiederum ökonomische Machtpositionen auszubauen. Die Knappheit an Arbeitskraft ist offenbar die auf eine stetige Steigerung des Kapitaleinsatzes und damit zugleich auf ein Wachstum der Wirtschaft hinwirkende Kraft.

Der soeben gebrachte Begriff „Knappheit“ erfordert eine Bezugsgröße. Diese ist der Kapitaleinsatz als der korrespondierende Produktionsfaktor. Als Bestimmungsgrund dafür, ob sich eine Wirtschaft aufwärts oder abwärts entwickelt, kann nunmehr — allgemeiner gesagt — die Einsatzrelation der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital (einschließlich Bodenkapital) identifiziert werden. Wird der Kapitaleinsatz in Relation zum Arbeitseinsatz größer, so wächst die Wirtschaft, nimmt der Arbeitseinsatz in Relation zum Kapitaleinsatz (einschließlich des Einsatzes von Bodenkapital) zu, so geht die Wirtschaft zurück. Die Herausstellung dieses Zusammenhanges bedeutet keineswegs eine sensationelle neue Erkenntnis. Es handelt sich vielmehr um eine Binsenwahrheit, die

jedermann erkennbar ist. Aber die Tatsache, daß heute noch in der eingangs erwähnten Art gegen eine auf Verknappung des Arbeitsangebotes gerichtete Politik argumentiert wird, macht deutlich, daß diese Binsenwahrheit nicht genügend berücksichtigt oder sogar ignoriert wird.

Die sich anschließende Frage ist, was denn die Verschiebung in der Einzelrelation der Produktionsfaktoren auslöst. Es sind dies offenbar Impulse verschiedener Art. Einmal kann eine solche Verschiebung sich als Auswirkung gewerkschaftlicher Politik ergeben, also als Folge einer Arbeitsangebot-Verknappung nach Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen, Einführung sozialer Sicherung u. a. m. Aber gewerkschaftliche Politik stellt nur einen von mehreren Faktoren dar, die wirksam sein können. Ein anderes Stimulans für eine Verschiebung der Einsatzrelation der Produktionsfaktoren ist z. B. Auswanderung oder auch Geburtenbeschränkung, wie sie mit zunehmender Industrialisierung anscheinend in allen Ländern praktiziert wird. Als ökonomischer Reflex hierauf wird in der Regel die Kapitalbildung forciert und damit dann von der Seite des Kapitals her — komplementär zum abnehmenden Arbeitskräfteangebot — die Einsatzrelation der Produktionsfaktoren zugunsten eines Wirtschaftswachstums verschoben. Die 'Wohlstandsspirale' kommt in Gang. Ebenso kann der Impuls hierzu von einem politischen Entschluß ausgehen, wie es in Osteuropa, Rußland, China und einigen bisher unentwickelten Ländern des Nahen und Fernen Ostens der Fall war. Durch politischen Eingriff in die Eigentumsordnung, die Geldordnung oder die Preisbildung, durch Enteignung des Großgrundbesitzes oder Verstaatlichung privater Monopole wurde ein Prozeß der Produktivkapitalbildung in Gang gebracht.

Ansatzpunkte für eine gewerkschaftliche Politik finden sich in der unentwickelten Gesellschaft kaum. Wegen des Überangebotes von Arbeitskraft sind die Gewerkschaften schwach, und wegen der Schwäche der Gewerkschaften kann wiederum eine Politik der Arbeitsangebotsverknappung nicht durchgeführt werden. Das ungeheure Gewicht „der Produktionsverhältnisse“, der vorhandenen Einsatzrelation der Produktionsfaktoren, welche *Marx* so betonte, die Zwangsläufigkeit der ökonomischen Entwicklung wird hier deutlich. Denn wenn in der unentwickelten Gesellschaft die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften schwach und die Kapitalbesitzer stark sind, so ist es auch fast unmöglich, den Großgrundbesitzern und Monopolisten gegenüber jene Maßnahmen durchzusetzen, die eine ökonomische Aufwärtsentwicklung und schließlich die politische Freiheit herbeiführen. Es war sicher nicht falsch gesehen, wenn *Marx* meinte, daß am Beginn solchen Umschwungs der revolutionäre Akt und eine verzweifelte Anstrengung der Arbeiterklasse stehe. Befindet sich die Wirtschaft andererseits in der Aufwärtsentwicklung, ist die Kapitalbildung stark, bleibt das Arbeitskräfteangebot beschränkt, so wandelt sich die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft anscheinend fast von allein zur sozialen Demokratie hin. Die Vertreter feudalistischer und monopolistischer Politik können nur noch Rückzugsgefechte liefern. Die Idee der sozialen Demokratie gewinnt immer mehr Raum, sie erscheint immer mehr als das allein Mögliche, als die allein mögliche Antwort auf die sich entwickelnden Produktionsverhältnisse.

Damit dürfte die eingangs gestellte Frage nach der Bedeutung der gewerkschaftlichen Politik der Arbeitsangebotsverknappung im Umriß beantwortet sein. Es seien aber noch einige Bemerkungen angefügt, die mit dem Vorhergesagten unmittelbar zusammenhängen und interessante Perspektiven geben.

Dabei ist zunächst auf die Frage nach der Stärke der Position der Arbeitnehmerschaft — als Gegenpol der Kapitalbesitzer — in der unentwickelten und der entwickelten Wirtschaft zurückzukommen. Eine anscheinend verbreitete Auffassung geht dahin, daß die Position des nicht Kapital besitzenden Arbeitnehmers in jedem Fall schwach ist,

Aber diese Auffassung ist unzutreffend. Die Position des Arbeitnehmers ist um so schwächer, je größer die Zahl der Arbeitnehmer im Verhältnis zum Kapitaleinsatz ist, und sie ist — paradoxerweise — um so stärker, je größer der Kapitaleinsatz in Relation zum Arbeitseinsatz ist. Es ist auch dies eine Tatsache, die an den Verhältnissen in ökonomisch unentwickelten Gebieten einerseits und in hochentwickelten Ländern andererseits leicht verifiziert werden kann. Der relativen Schwäche der Position des Faktors Kapital in der entwickelten Wirtschaft (mit hohem Kapitaleinsatz) entspricht eine relative Schwäche des Produktivkapital besitzenden Arbeitnehmers gegenüber dem nicht Kapital besitzenden. Dies leuchtet sofort ein, wenn man z. B. an die schwache Position des mittelständlerischen selbständigen Handwerkers im Vergleich zu der des Arbeitnehmers in der hochindustrialisierten Wirtschaft denkt. Eine Politik, die Arbeitnehmer zu Besitzern von Produktionskapital machen will, liegt folglich nicht nur nicht im Sinne einer Stärkung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften, sondern auch nicht im Sinne einer Politik des wirtschaftlichen Wachstums.

Ein anderer interessanter Zusammenhang wird in der Verbindung deutlich, die offenbar zwischen einer gewerkschaftlichen, auf Stärkung der Position des Faktors Arbeit ausgerichteten Politik und dem Vorhandensein der politischen Form der Demokratie besteht. Es ist sicher kein Zufall, daß sich diktatorische, totalitäre politische Formen im allgemeinen in der unentwickelten oder übervölkerten Gesellschaft zeigen und die freiheitlich-demokratische Ordnung ein Korrelat der entwickelten Industriegesellschaft zu sein scheint, daß es nur in der Demokratie freie Gewerkschaften gibt, und umgekehrt die Existenz freier Gewerkschaften ein sicheres Kriterium für wirkliche Demokratie ist. Hier besteht offenbar ein Zusammenhang zwischen ökonomischen und politischen Formen, innerhalb dessen den Gewerkschaften eine höchst bedeutsame Stellung zukommt, eine Stellung, die sie über den Rahmen der bloßen wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer weit heraushebt und der man auch in keiner Weise — wie es mitunter geschieht — mit der Schablone „Arbeitnehmerkartell“ gerecht wird. Die hier bestehenden Zusammenhänge, die schon oft erwähnt, aber wohl noch kaum gültig analysiert worden sind, würden einer eingehenden Untersuchung wert sein.

Aus der oben gegebenen Ableitung kann weiter die Frage beantwortet werden, die seit Marx die Gemüter so sehr bewegt, ob nämlich durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse am Produktivkapital die Wirtschaft in eine Phase andauernden und stetigen Wachstums gebracht werden kann oder muß. Es geht aus dem oben Gesagten hervor, daß die Frage, wer Eigentümer der Produktionsmittel ist, für den Status der Wirtschaft primär nicht relevant ist, daß das Entwicklungstempo der Wirtschaft vielmehr in erster Linie von Veränderungen in der Einsatzrelation der Produktionsfaktoren bestimmt wird. Marx hat merkwürdigerweise gerade dies nicht gesehen, obwohl seine materialistische Geschichtsauffassung diesen Schluß ganz nahelegte. Denn was anders bestimmt die verschiedenen Produktionsverhältnisse, denen Marx mit Recht so fundamentale Bedeutung beimaß, als eben Unterschiede in der Einsatzrelation der Produktionsfaktoren. Die Auffassung, daß die Art der Zurechnung des Eigentums von ausschlaggebender Bedeutung sei, ist offensichtlich unzutreffend. Denn ökonomische Macht basiert keineswegs immer auf Eigentum. Die Loslösung der ökonomischen Verfügungsgewalt vom Eigentum ist sowohl im „kapitalistischen Westen“ wie im „sozialistischen Osten“ mit zunehmender Industrialisierung zutage getreten. Damit verlor „die Eigentumsfrage“ ihre Bedeutung. Übriggeblieben ist das Problem der Beschränkung der ökonomischen Verfügungsgewalt, mithin das Problem der Demokratisierung der Wirtschaft, der Verhütung oder Neutralisierung ökonomischer Machtballungen. Diese brauchen — wie man heute weiß — gar nicht eigentumsmäßig fundiert zu sein, um für die Demokratie eine Gefahr darzustellen.